

9. «Für offene Läden in Tourismuszentren», liberale Ladenöffnungszeiten in Zürcher Tourismusgebieten

Parlamentarische Initiative Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon), Marc Bourgeois (FDP, Zürich), Marcel Suter (SVP, Thalwil) vom 29. März 2021

KR-Nr. 94/2021

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon): Sankt Gallen hat es, das Tessin hat es, die Bergkantone haben es, nur Zürich hat es nicht: liberale Öffnungszeiten in touristischen Zentren. Dabei stehen die Zürcher Innenstadt und die Winterthurer Altstadt touristisch denen von Sankt Gallen, Rapperswil oder Bellinzona in nichts nach, im Gegenteil: Zürich ist die grösste Tourismusregion der Schweiz mit 71 Prozent internationalen Reisenden und erzielt eine jährliche Wertschöpfung von über 2,6 Milliarden Franken. Selbst Berggemeinden mit deutlich geringerer Wirtschaftsleistung haben ihre Geschäfte übers Wochenende geöffnet. Warum ist Shoppen im Ski- und Wandergebieten in Ordnung, in Zürich aber nicht? In beiden Fällen leisten andere Menschen Sonntagsarbeit. Offenbar sind liberale Öffnungszeiten zu annehmbaren Arbeitsbedingungen durchaus zu schaffen. Der Bund sieht im Arbeitsgesetz bereits klar vor, dass Geschäfte an Orten mit vielen Reisenden ihre Öffnungszeiten ausweiten und Arbeitnehmende auch sonntags und in der Nacht beschäftigt werden dürfen. Dies wird vom Bund damit begründet, dass besondere Konsumbedürfnisse bestehen, deren Befriedigung im öffentlichen Interesse liege. Weitere bundesrechtliche Bedingungen sind aus Sicht des Fremdenverkehrs für Zürcher Tourismusgemeinden respektive Tourismusgebiete klar gegeben. Der in der SECO-Weisung (*Staatssekretariat für Wirtschaft*) aufgeführte Passus «das Bruttosozialprodukt einer Ortschaft oder einer ganzen Region wird zu einem bedeutenden Teil durch die Tourismusbranche erwirtschaftet» dürfte bei den aufgeführten Tourismuseinnahmen von 2,6 Milliarden Franken erfüllt sein. In welchem Ausmass der Fremdenverkehr auch für den Kanton Zürich wichtig ist, haben die negativen wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise (*Covid-19-Pandemie*) deutlich zutage gebracht.

Bei diesem Vorstoss handelt es sich nicht um eine allgemeine Ausdehnung der Ladenöffnungszeiten im ganzen Kanton, sondern um eine örtlich eingegrenzte, liberalere und den touristischen Bedürfnissen entgegenkommendere Handhabung. Mit diesem Vorstoss wird den Gemeinden ermöglicht, die touristische Attraktivität ihrer Fremdenverkehrszentren zu erhöhen und volkswirtschaftlich anzukurbeln. Das heisst: Die Gemeinden sollen können, wenn sie wollen. Liberalere Ladenöffnungszeiten haben gleich mehrere Positiveffekte: Zum einen erhöhen sie die Konkurrenzfähigkeit der Geschäfte gegenüber Online-Angeboten. Zum anderen haben Bereiche mit ausgeweiteten Ladenöffnungszeiten auch eine tiefere Kundenkonzentration mit Verteilung der Tagesspitzen zur Folge, was nicht nur zur Vermeidung grosser Menschenansammlungen, sondern auch für eine angenehmere Arbeitssituation bei der Kundenbetreuung sinnvoll ist. Überdies setzen

sie Anreize, dass Gäste ihren Aufenthalt auf den Sonntag ausdehnen. Eine Öffnung fördert auch den innerschweizerischen Tourismus und begünstigt Tagesausflüge. Und zu guter Letzt werden weitere Arbeitsplätze zu Randzeiten geschaffen. Denn es gibt viele Arbeitnehmende, welche gerne an Sonntagen arbeiten und vom Sonntagszuschlag profitieren wollen. Laut Ecoconcept-Studie des SECO können viele Teilzeitjobs entstehen. Für Arbeitsuchende dürften die Chancen steigen, dank einer Stellenzunahme den Einstieg in den Arbeitsmarkt zu schaffen. Mehr Jobs, mehr Komfort für unsere Gäste, das klingt volkswirtschaftlich sinnvoll. Warum hat es Zürich denn nicht längst auch schon? Die verständlichen Ängste der Arbeitnehmenden vor Kollateralschäden können ausgeräumt werden. Denn selbstverständlich müssen arbeitsrechtliche Vorgaben unverändert erfüllt werden. Der Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmenden wird durch das Arbeitsgesetz gewährleistet. Im Übrigen werden die Arbeitsbedingungen durch die Bestimmungen des Obligationenrechts, allfällige Gesamtarbeitsverträge und den Arbeitsvertrag geregelt. Die Unternehmen können zusätzliches Personal einstellen oder die Arbeitsbedingungen verändern, wobei Arbeitsverträge ohne Arbeitszeitregelung unzulässig sind. Gemäss Arbeitsgesetz müssen Arbeitgeber die Arbeitnehmenden bezüglich Arbeitszeit und Stundenplangestaltung anhören und bei Festsetzung der Arbeits- und Ruhezeit auf Arbeitnehmende mit Familienverpflichtungen besonderes Rücksicht nehmen. Unberührt bleibt die gesetzlich festgelegte wöchentliche Höchstarbeitszeit. Zudem haben viele Detailhändler Gesamtarbeitsverträge mit Wochenarbeitsregeln. Ein weiteres gerne ins Feld geführte Argument ist dasjenige der fehlenden Ruhezeiten und Erholung. Schon heute arbeiten unzählige Menschen am Sonntag, gemäss schweizerischer Arbeitskräfteerhebung des Bundesamtes für Statistik ist es jede zehnte erwerbstätige Person. Diese 500'000 Arbeitstätigen haben das Anrecht, die geleistete Arbeitszeit in mindestens gleichem Umfang an einem anderen Wochentag zu kompensieren. Die Bestimmungen zur Anzahl freier Sonntage und aufeinanderfolgender Stunden Ruhezeit sind sehr strikt und dienen dem umfassenden Schutz der Arbeitnehmenden.

Lehnen Sie diesen Vorstoss nicht ab. Die Ablehnung führt nicht zu mehr Kirchengängern am Sonntag. Da bin ich zuversichtlich, dass andere Ansätze zielführender sind. Hingegen werden liberalere Öffnungszeiten in Tourismusgebieten dringend benötigte Arbeitsplätze schaffen. Mehr Arbeitsplätze bedeutet Einkommen für mehr Menschen, Einkommen, um sich und die Familie zu ernähren, Einkommen, um ohne Existenzängste entspannt die an einem anderen Tag kompensierte Freizeit und Erholungszeit zu geniessen. Sagen wir Ja zu mehr Arbeitsplätzen, sagen wir Ja zu mehr Gemeindeautonomie, sagen wir Ja zur Möglichkeit von liberaleren Öffnungszeiten in Tourismusgebieten, auch für den Kanton Zürich. Besten Dank.

Marcel Suter (SVP, Thalwil): Diese PI hat schon einiges an Aufmerksamkeit in Zeitungen und so weiter erregt, dies ist auch richtig so und zeigt indirekt auch die Wichtigkeit und Dringlichkeit dieser PI und deren Anliegen auf. Ich erwähne nur die meiner Meinung nach wichtigsten Punkte. Auch in meiner Fraktion, insbesondere aus der EDU, gibt es einige Mitglieder, die dagegen stimmen werden, selbstverständlich ist das ihr gutes Recht. Aber ganz wichtig ist zu erwähnen: Nein, es

geht hier nicht um eine grundsätzliche Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten an Sonntagen, und nein, es geht auch nicht um den ganzen Kanton Zürich, sondern ja, um eine gezielte Auswahl von spezifischen Regionen im Kanton Zürich, die diese Möglichkeit haben sollten, auch an Sonntagen zu öffnen. Würde es nicht absolut Sinn machen, dass beispielsweise im Bereich Bahnhofstrasse/Niederdorf die Läden auch an Sonntagen offen haben? Der grossen Mehrheit unserer Fraktion nach sicher schon. Dort, wo die Touristen übernachten, in Restaurants einkehren und sich insgesamt bewegen, dort soll es auch möglich sein, an Sonntagen die Läden zu öffnen.

Noch etwas zu den linken Dauerargumenten betreffend Zwang der Arbeitnehmenden zu Sonntagsarbeit und wie schlimm das sei. Auch hier: Nein, es muss absolut kein Laden öffnen, sondern jeder Laden beziehungsweise dessen Besitzer kann und soll selbst entscheiden. Zur Entscheidung gehört natürlich eine Kosten-Nutzen-Analyse vorab dazu, und auch bei dieser ist das Thema «Wer arbeitet an diesen Sonntagen?» natürlich ganz oben auf der Liste. Die immer wieder aufkommenden Aussagen, dass dann Arbeitnehmer gezwungen werden, sonntags zu arbeiten, und so weiter, sind fadenscheinig. Es gibt ganz viele Berufe, Wirtschaftszweige – meine Vorrednerin hat das ebenfalls erwähnt, bis jeder Zehnte –, die ja schon an Sonn- und Feiertagen offen haben und arbeiten müssen. Dort funktioniert es ja auch. Und es gibt auch Arbeitnehmende, das wird immer vollkommen vergessen, die gerne an Sonntagen arbeiten, wie beispielsweise Studenten und so weiter. Der Bedarf ist da, die Arbeitnehmer auch, siehe Beispielsweise den Erfolg des Shopville (*Einkaufspassage beim Hauptbahnhof Zürich*). Also packen wir es an und stimmen dieser PI zu – für einen wirtschaftlich noch stärkeren Kanton Zürich und vor allem für die grösste Tourismusregion in der Schweiz, die wirklich ausserordentlich gelitten hat in den letzten eineinhalb Jahren und noch einige Zeit brauchen wird, um sich zu erholen. Danke.

Hannah Pfalzgraf (SP, Mettmenstetten): Es werden immer die gleichen Argumente eingebracht, wenn es darum geht, ob die Ladenöffnungszeiten an gewissen Standorten, für gewisse Branchen oder für ganze Gebiet liberalisiert werden sollen: mehr Arbeitsplätze, welche gerade für Studierende interessant sind, Wirtschaftswachstum und Konkurrenzfähigkeit, und das alles, ohne die Arbeiterinnen und Arbeiter noch mehr auszubeuten. Ich erlaube mir hier einen kurzen Faktencheck:

Erstens: Liberale Öffnungszeiten schaffen insgesamt keine neuen Stellen, weil die Kaufkraft der Konsumentinnen und Konsumenten sich nicht nach den Ladenöffnungszeiten richtet oder nach der Anzahl Verkaufstage. Denn das Geld, das man am Sonntag ausgegeben hat, kann man nicht einfach auch noch am Montag oder am Dienstag ausgeben. Die Stellen, welche also am Wochenende geschaffen werden, werden dafür unter der Woche abgebaut.

Zweitens: Die Realität zeigt, dass nicht vor allem Studentinnen und Studenten am Sonntag und in der Nacht arbeiten, sondern jene, die auch unter der Woche arbeiten. Für sie ist die Sonntagsarbeit nicht ein willkommener Zusatzverdienst neben der Ausbildung, sondern eine Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse.

Drittens: Ja, eigentlich müsste die Sonntags- und Nachtarbeit freiwillig sein, aber in der Praxis gibt es leider auch immer noch die grosse Abhängigkeit von einer Stelle, welche recht problemlos vom Arbeitgeber ausgenutzt werden kann. Denn die Perspektive, die Stelle zu verlieren, kann wesentlich schlimmer sein, als in der Nacht oder sonntags arbeiten zu müssen.

Viertens zeigen Erfahrungen aus anderen Ländern oder Städten mit sehr liberalen Öffnungszeiten: Kleine Geschäfte profitieren nicht davon, im Gegenteil. Liberale Öffnungszeiten begünstigen das Verschwinden von kleinen Geschäften zugunsten von grossen Ketten, und dabei sind es gerade diese kleinen Geschäfte, die im Verhältnis mehr Stellen schaffen.

Und fünftens und zu guter Letzt: Es ist nicht nur der Detailhandel, der von einer Liberalisierung der Öffnungszeiten betroffen ist. Es hängt ein ganzer Rattenschwanz an Branchen daran, welche dann gezwungenermassen nachziehen müssen, mit den gleichen Konsequenzen, zum Beispiel Logistik, Sicherheit, IT, Reinigung und so weiter.

Ja, vielleicht ist es, gesamtwirtschaftlich gesehen, nicht eine total schlechte Idee, die Öffnungszeiten zu liberalisieren. Aber wie so oft stellt sich hier die politische Frage: Was ist uns eigentlich wichtiger, das Geld oder die Menschen? Die SP setzt sich seit jeher für Arbeiterinnen und Arbeiter ein, für bessere Arbeitsbedingungen und den Schutz dieser guten Arbeitsbedingungen. Diese PI schadet den Arbeiterinnen und Arbeitern. Sie verschlechtert die Arbeitsbedingungen und höhlt den Arbeitnehmerschutz aus. Wir werden – wenig überraschend – diese PI nicht überweisen, und ich bitte Sie, gerade Sie, geschätzte Bürgerliche, stellen Sie einmal, wenigstens einmal die Menschen vor das Geld und lehnen Sie ebenfalls ab. Besten Dank.

Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.): Es wird Sie nicht überraschen, dass die FDP selbstverständlich diese PI unterstützt. Der Zürcher Tourismus ist, in absoluten Zahlen gesehen, die grösste Tourismusregion der Schweiz. Trotzdem geht man in anderen Regionen mit dieser wichtigen Branche deutlich besser um, als wir es hier im Kanton Zürich machen. Der Tourismus generiert signifikante Umsätze auch für andere Branchen und ist damit ein eigentlicher Wertschöpfungsmotor. Und hier möchte ich Hannah Pfalzgraf widersprechen: Das führt genau dazu, dass hier am Schluss jede einzelne Arbeitnehmerin und jeder einzelne Arbeitnehmer mehr Geld im Portemonnaie haben und dieses Geld dann auch wieder ausgeben können. Wenn wir in den letzten Jahrzehnten kein Wirtschaftswachstum gehabt hätten, dann würden wir immer noch vor uns her dümpeln. Ein Wirtschaftswachstum hilft allen hier in der Schweiz. Und es ist falsch, wir schränken hier den Arbeitnehmerschutz überhaupt nicht ein. Es ist keine Anpassung des Arbeitnehmerschutzes oder der Arbeitsgesetzgebung. Diese ist nämlich weiterhin vollumfänglich genau gleich in Kraft, und auch die Gesamtarbeitsverträge in dieser Branche. Mit anderen Worten, das hat auch Frau Cortellini sehr schön aufgezeigt: Die Arbeitnehmer sind weiterhin geschützt. Es geht um eine Liberalisierung der Öffnungszeiten, und dafür wird es auch mehr Arbeitnehmer brauchen, um dies dann auch zu gewährleisten. Das Ganze findet im Rahmen des Bundesrechts statt,

das zeigen auch andere Tourismusregionen. Und vielleicht hier gleich nochmals ein Punkt: Wenn ich andere Tourismusregionen anschau, dann profitieren eben auch kleine Unternehmungen davon, dass sie mehr Umsatz erzielen können und damit ihr Geschäft besser läuft und sie damit auch wieder mehr Arbeitsplätze zur Verfügung stellen können.

Und ganz zum Schluss: Die ganze Vorlage ist ja kein Zwang. Erstens muss eine Gemeinde überhaupt den Antrag stellen, damit die Gemeinde zu einer Tourismusregion wird. Zweitens müssen die Unternehmen, wenn es denn eine Tourismusregion ist, selber auch finden: Doch, es macht Sinn. Es macht Sinn, hier entsprechend die Öffnungszeiten auszudehnen. Es ist also keine Zwangsvorlage, sondern es schafft Möglichkeiten, Spielraum für den Kanton Zürich, sich entsprechend weiterzuentwickeln. In diesem Sinne bedanke ich mich schon heute für eure Unterstützung. Besten Dank.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Einmal mehr wird von bürgerlicher Seite, zuvorderst die GLP, versucht, die Ladenöffnungszeiten auszuweiten. Jetzt versucht man es unter dem Titel «Unterstützung des Tourismus». Diesmal sollen sogenannte Tourismusgebiete bestimmt werden. In diesen Gebieten sollen die Läden auch am Sonntag offen haben dürfen. Davon wäre, bin ich überzeugt, bestimmt die gesamte Innenstadt der Stadt Zürich betroffen. Warum unterstützen wir Grünen diese PI nicht?

Erstens: Der Zürcher Tourismus leidet nicht an geschlossenen Läden, sondern an der Corona-Pandemie. Wie wir alle wissen, wurde Zürich bis zur Corona-Krise sehr gut besucht. Das Tourismusgewerbe brummte in Zürich bis 2019, auch ohne Sonntags-Shopping. Gerade für die kleinen Läden – das habe ich an dieser Stelle auch schon gesagt, aber ich wiederhole es trotzdem, denn sie sind im Zugzwang, auch zu öffnen, wenn die grossen offen haben, und deshalb sage ich es nochmals –, für die kleinen Läden sind Sonntagsverkäufe eine grosse Herausforderung. Es muss ein Tag mehr Lohn bezahlt werden, und wird das Geschäft allein geführt, fällt auch noch der einzige arbeitsfreie Tag weg. Die kleinen Läden sind also nicht ohne Weiteres in der Lage, erweiterte Dienstsichten abzudecken. Die Ausdehnung der Öffnungszeiten begünstigt hauptsächlich grosse Ketten und ist ein Nachteil für die kleinen Läden. Und wenn Sie hier von Freiwilligkeit sprechen, dann stimmt das so nicht, es entsteht Zugzwang. Wir Grünen sind der Meinung, dass das Verkaufspersonal ein Anrecht auf ein Familienleben hat, und die Verkaufszeiten sind heute schon so eingerichtet, dass die Leute zum Teil von morgens 9 Uhr bis 14 Uhr arbeiten und dann von 14 Uhr bis 17 Uhr frei haben, um dann nochmals von 17 Uhr bis 20 Uhr im Laden zu stehen. Das sind keine attraktiven Arbeitszeiten und behindern die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Und auffällig ist auch, dass die GLP sich immer wieder für diese Erweiterungen der Ladenöffnungszeiten einsetzt. Dabei stellt sich mir schon die Frage, warum sich ausgerechnet die GLP für mehr Konsum, mehr Mobilität einsetzt. Das ist nicht ganz grün, meine lieben GLP-«Gschpänli». Im Sinne von «weniger ist mehr» lehnen wir diese PI ab.

Lorenz Schmid (Die Mitte, Männedorf): Ich versuche eine ein bisschen nuanciertere Abwägung dieser PI vorzunehmen. Ich nehme es vorweg: Wir werden nach langer Debatte innerhalb der Fraktion diese PI vorläufig unterstützen, und zwar einfach darum: Ihr müsst sehen, was in den letzten paar Jahren oder Jahrzehnten in der Stadt Zürich gelaufen ist. Der Tourismus hat sich gesamtschweizerisch weg von den Bergregionen hin in die Städte entwickelt. Die grössten touristischen Gegenden sind nicht mehr die Berge, sondern sind die Städte geworden. Der Städte-tourismus, der Wochenendtourismus hat zugelegt, ja, in der Tat. Ob das ökologisch ist oder nicht, sei dahingestellt, diese Frage dürfen wir durchwegs kritisch stellen. International und national haben die Städte enorm zugelegt, wenn ich meine Kundenfrequenz in der Apotheke sehe. Sie glauben vielleicht, Apotheken seien nicht dem Tourismus unterworfen, aber wir sind es ganz stark innerhalb der Stadtgrenzen. Das hat sich vollkommen verändert. Unsere Klientel früher: Wenig Tourismus vor 15, 20 Jahren, heute macht das gut und gerne ungefähr 40 bis 50 Prozent der Umsätze aus. Auch die Gastronomie und die Hotellerie haben sich auf das fokussiert und bieten natürlich auch Angebote im Sinne eines Wochenendangebotes. Und die Leute sind und hausen in der Hotellerie und werden über Wochenende mit geschlossenen Geschäften konfrontiert. Das ist ein Problem, das wir einfach anpacken müssen. Wir von der CVP, von der Mitte wissen noch nicht genau, wie. Denn die Argumentationen, wie sie von Pro und Kontra genannt wurden, sind für mich nicht nachvollziehbar. Onlinehandel werden wir nicht mit dieser Vorlage irgendwie bekämpfen oder, besser gesagt, konkurrenzieren können. Auch glaube ich nicht, dass die Argumentation weniger Kundenfrequenz und somit weniger Dichte in sonstigen Zeiten der Grund für diese Vorlage sein kann, denn es braucht ja schlussendlich mehr Umsatz. Und jetzt komme ich auch zu den Argumenten, die gegen diese PI genannt wurden: Es ist in der Tat so, es sind halt touristische Einkäufe, die durch dieses Angebot dann auch zu mehr Umsätzen führen würden, die am Montag nicht mehr gemacht würden. Es ist einfach – das schleckt keine Geiss weg –, es ist nicht so, dass die Kaufkraft von Herrn und Frau Zürcher und Zürcherin irgendwie stabil bleibt und die Erweiterung der Ladenöffnungszeiten in touristischem Sinne nicht zu Mehrumsätzen führen muss; führen muss, denn sonst haben wir überhaupt nichts erreicht.

Trotzdem, cave! Wir sind gespannt, wie die Kommission dann diese PI umsetzen wird. Der Detailhandel ist unter Druck und er ist es nicht nur wegen den Umsätzen, sondern er ist es vorwiegend wegen den qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Und da muss ich natürlich wieder den Bedenken recht geben: Qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind nicht bereit, einfach immer zur Verfügung zu stehen. Und es sind nicht die Studentinnen, die plötzlich eine qualifizierte Detailhandelskompetenz erwirtschaften können, das ist einfach so. Und der Detailhandel wird nur leben, indem er qualifiziert arbeitet, nicht über die Menge geht. Kleine Geschäfte könnten darunter wirklich leiden. Es gibt den Zwang, Christian Schucan, es ist so: Gebiete müssen gemeinsam öffnen. Sie können nicht einfach sagen «Der eine macht auf, der andere macht zu», und so weiter. Sprechen wir doch mit der City-Vereinigung (*Dachverband für Geschäfte und Läden in der Zürcher Innenstadt*). Das ist das grosse Problem, das wir jeweils

haben, die Leute bei der Stange zu halten und zu sagen «Gemeinsam, ja wir machen es gemeinsam, aber wir machen nur ganz wenig. Wir fokussieren uns auf ganz wenige erweiterte Ladenöffnungszeiten», aber wir müssen sie gemeinsam machen. Sonst bringt das den Konsument nichts. Der Konsument will nicht in die Stadt kommen und immer wieder vor geschlossenen Türen stehen, obwohl er dachte, es sei alles geöffnet. Aber nein, da hat ein Unternehmer gesagt: Es hat sich nicht gelohnt. Das geht nicht.

Die Vorlage ist also nicht so einfach, wie sie uns präsentiert wird. Der Tourismus, der Städtetourismus legt unheimlich zu. Wir brauchen eine Antwort darauf. Sie ist nicht einfach. Ich bin gespannt auf die Debatte in der Kommission. Wir werden uns wieder einbringen, wir unterstützen vorläufig.

Mark Anthony Wisskirchen (EVP, Kloten): Steter Tropfen soll den Stein höhlen. Auch die Familienpartei (*gemeint ist die Mitte*) verabschiedet sich so langsam von ihrer Klientel, wie soeben gehört. Nicht so die EVP. Die EVP-Fraktion steht weiter liberalisierten Ladenöffnungszeiten ablehnend gegenüber, vielmehr würden wir für die Einhaltung der Ruhetage und den Arbeitnehmerschutz eintreten. Die Initianten fordern einmal mehr die Anpassung des Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetzes respektive, dieses noch weiter zu liberalisieren, mit dem Grundgedanken, den Gemeinden und Städten zu ermöglichen, sich als Tourismusgebiete zu deklarieren. Als Anschauungskanton wird Sankt Gallen herangezogen, das seit 2003 den Status «Tourismusgemeinde» bereits kennt. Die Initianten möchten den Paragraphen 5 in zwei Abschnitten entsprechend ergänzen, erstens sollen gewisse Dienstleistungserbringer, die von sogenannten «wesentlicher» Bedeutung profitieren, und, zweitens, soll das Geltungsgebiet räumlich begrenzt sein, es können aber auch ganze Ortschaften oder Teile davon durch den Kanton auf Antrag der Gemeinden und Städte als Tourismusgebiete bewilligt werden. Mit dieser PI soll den Gemeinden also ermöglicht werden, die touristische Attraktivität ihrer Fremdenverkehrszentren, sofern sich dies überhaupt zutreffend und fair beurteilen lässt, zu erhöhen und volkswirtschaftlich anzukurbeln. Das ist sicherlich ein hehrer Gedanke. Die neue Freiheit, die mit dieser Gesetzesanpassung eingefordert und versprochen wird, ist für die meisten Institutionen und Gemeinden und Städte wohl eher nicht relevant, ja, gar unerreichbar, und fördert einen weiteren mit ungleich langen Spiessen geführten Wettbewerb. Auch Sankt Gallen hat trotz der Tourismusklausel, die in Paragraph 11 verankert ist mit den Worten «Die Läden müssen einem touristischen Bedürfnis entsprechen» in ihrem Ruhetags- und Ladenöffnungsgesetz weitergehend eine begrüssenswerte Restriktion in Form von Ausnahmen in Kraft gesetzt. In Artikel 12 werden denn auch im Sankt Galler Vorbild die üblichen Ausnahmen und Restriktionen verordnet, worin dankbarerweise bei hohen Feiertagen auch in Sankt Gallen keine grossen Sprünge gemacht werden dürfen. Ein weiterer Aspekt der von den Initianten herbeigeführten Argumente der aktuellen Situation der Wettbewerbsverzerrung und mit der Gesetzesänderung herbeizuführenden positiven Effekte, wie beispielsweise die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit, besonders gegenüber den Onlineanbietenden, und der Arbeitsplatzbeschaffung insbesondere für Wiedereinsteigende und Arbeitnehmende,

welche gerne am Sonntag arbeiten, und so weiter, erschliesst sich mir wirklich nicht. Ihre Beteuerung der Einhaltung der arbeitsrechtlichen Vorgaben zum Schutz der Arbeitnehmenden sind schon ziemlich heuchlerisch. Wenn man bedenkt, wie die heutigen Arbeitnehmenden, vielfach Frauen und Alleinerziehende, im Niedriglohnsegment auf Abruf, ohne geregelte Arbeitszeiten beschäftigt und dabei von ihrer Anstellung abhängig sind, auch wenn vereinzelt gewisse Personen in unabhängigem Status leben und vielleicht gerne flexibel und auch an Wochenenden arbeiten, steigt der allgemeine Druck auf die Arbeitnehmenden, gerade zu Unzeiten wie am Wochenende und an bestimmten Feiertagen arbeiten zu müssen, noch weiter an, und dies nicht zu faireren Arbeits- und Lohnbedingungen.

Die EVP-Fraktion wird den erneuten Angriff auf das Ladenöffnungsgesetz und somit die PI nicht unterstützen.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Liebe Vertreter von GLP und Vertreterinnen von GLP, SVP und FDP, ich kann Ihnen nur sagen: Sie kriegen den Hals nicht voll. Wir müssen doch jetzt einfach feststellen: Wir haben hier im Kanton Zürich so ziemlich die liberalsten Ladenöffnungszeiten. Die Läden können von 7 bis 23 Uhr offen haben. Und am Sonntag gilt ein Beschäftigungsverbot, aber Läden, die kleiner als 200 Quadratmeter sind – und 200 Quadratmeter sind relativ grosse Läden –, dürfen auch am Sonntag offen haben. Man darf einfach nur die Familienmitglieder beschäftigen. Dann haben wir die Möglichkeit, dass in Zentren des öffentlichen Verkehrs die Läden offen sind. Was Zentren des öffentlichen Verkehrs sind, das hat man immer weiter ausgeweitet. Mittlerweile ist auch der Bahnhof Dietikon ein Zentrum des öffentlichen Verkehrs et cetera, auch hier wird immer ausgeweitet. Und jetzt schicken Sie die Touristinnen und Touristen vor und sagen, Zürich sei eine Tourismusstadt, da müsse man die Läden öffnen. Sorry, das ist jetzt ganz billig. Sie haben es selber gesagt, Sie möchten die Bahnhofstrasse öffnen. Meinen Sie, am Sonntag kämen in den Jelmoli und in den Globus (*Warenhäuser*) nur Touristinnen und Touristen hinein? Das ist doch hanebüchen, da wird dann wirklich die ganze Innenstadt geöffnet. Und was sind das für Touristinnen und Touristen, die wir in der Innenstadt haben? Wir können ja die Hotels aufzählen: Savoy, Baur en Ville, das Hotel Widder, also alle im Luxussegment, und jetzt sagen Sie, die armen Touristen müssten dort auch noch einkaufen können. Sorry, das ist doch ganz klar: Sie wollen die Innenstadt mit dem Umweg über diesen Tourismus-Artikel öffnen, damit man sieben Tage shoppen kann. Das ist Ihr Ziel. Und seien Sie so ehrlich und schicken Sie wirklich nicht die Touristen und Touristinnen vor.

Dann wurde von Herrn Suter gesagt – auf ein paar Argumente möchte ich schon noch eingehen –, man könne ja auch Tagesausflüge machen. Aber sorry, wollen wir das? Wollen wir die Mobilität fördern, dass man, wenn man jetzt in Greifensee wohnt, am Sonntag einen Tagesausflug ins «Shoppingcenter» Zürich machen, in die Innenstadt gehen und dort einkaufen kann? Das wollen wir doch gerade nicht. Wir wollen doch nicht die Mobilität fördern am Sonntag. Dann wurde bezüglich der Teilzeit gesagt, Teilzeit-Leute, Berufseinsteiger et cetera könnten dort arbei-

ten. Ich muss Ihnen sagen: Verkaufspersonal verdient relativ schlecht und da besteht ein ziemlicher Lohndruck. Und wenn Sie das noch weiter prekarisieren, dann wird der Lohndruck noch mehr zunehmen, vor allem, wenn Sie sagen, Sie möchten da Berufseinsteiger am Sonntag beschäftigen. Das ist unwürdig, das muss ich sagen. Sie haben ein sehr schlechtes Menschenbild, wenn Sie den Leuten, die in finanziellen Schwierigkeiten et cetera sind, sagen: Ihr könnt ja dann am Sonntag zu einem günstigen Tarif arbeiten. Das wollen wir nicht. Und dann wurde auch gesagt, es gebe am Sonntag einen Zuschlag von 50 Prozent. Das stimmt auch nicht. Lesen Sie Artikel 19 Absatz 3 des Arbeitsgesetzes. Diesen Sonntagszuschlag gibt es nur für vorübergehende Sonntagsarbeit, also an diesen Adventssonntagen gibt es 50 Prozent. Aber wenn Sie dauernd offen haben, gibt's gemäss Arbeitsgesetz keinen Zuschlag. Dann wurde auch gesagt, die Besitzer könnten alle frei entscheiden. Ich glaube, das ist eben auch unheimlich naiv. Herr Schmid hat es Ihnen ja auch gesagt: Die City-Vereinigung möchte es dann für alle oder für niemanden, damit es keinen Flickenteppich gibt. Und wenn Sie dann noch Einkaufszentren haben wie den «Circle» (*am Flughafen Zürich*), der wird dann auch sagen, das sei ein Tourismusgebiet, damit er mindestens so öffnen kann. Sorry, jeder Vermieter von solchen Zentren schreibt vor, wann Sie den Laden öffnen müssen und wann nicht. Das ist nicht einfach so, dass Sie als Ladenbesitzer, wenn Sie eingemietet sind, sagen können: Ich kann dann und dann und dann öffnen. Das sind knallharte Bedingungen und nicht etwas Freiheitliches, das man selber entscheiden kann. Dann wurde gesagt: Wenn wir mehr Öffnungszeiten haben, gibt es mehr Arbeitsplätze, dann geht es uns allen gut. Also wenn Sie diese Logik so weiterführen, können Sie eigentlich alle Gesetze abschaffen und sagen, den Leuten gehe es viel besser, wenn wir keine Arbeitsgesetzgebung haben, keine Ladenöffnungszeiten. Wenn alles sieben Mal 24 Stunden ist und es keine Vorschriften gibt, geht es den Leuten am besten. Ich glaube, die Geschichte hat gezeigt, dass es den Leuten nur gut geht, wenn man sich für sie wehrt und wenn sie eben anständige Arbeitsbedingungen haben, dazu gehören auch die Arbeitszeiten und die Ruhezeiten. Die sind den Leuten nicht in den Schoss gefallen, das ist ein Ausdruck von gesellschaftlichen Kämpfen in den letzten 200 Jahren, dass man das auch verteidigt und die Arbeitszeiten gesenkt und Arbeitsschutzbestimmungen eingeführt hat. Das dürfen Sie nicht vergessen. ... (*Die Redezeit ist abgelaufen.*)

Cristina Cortellini (GLP, Dietlikon) spricht zum zweiten Mal: Herzlichen Dank für die spannenden Voten meiner «Gschpäni», wie wir von Jasmin Pokerschnig genannt wurden. Ja, die Kaufkraft der Konsumenten erhöhe sich nicht, da sie unter der Woche einkaufen. Nein, denn diese kaufen am Sonntag online ein oder eben gar nicht. Denn sie sind ja nicht in Zürich oder bleiben auch nicht länger in Zürich. Also kaufen sie nicht vor Ort ein. Dann müssten ja auch noch Branchen nachziehen, wurde gesagt, Logistik, Reinigung oder vor allem – und das wurde hier vielleicht nicht genannt – die Restauration. Die hat ohnehin geöffnet, hätte dann aber auch mehr Kundschaft, Laufkundschaft. Das bedeutet ebenfalls Arbeitsplätze.

Ja, wir stellen die Menschen vor das Geld, indem wir den Menschen auch die Möglichkeit eines Einkommens geben, damit sie eben sich und ihre Familien ernähren können. Und die SP, AL und Grünen wissen das auch sehr wohl. Herzlichen Dank für diese Kämpfe der letzten 200 Jahre. Ja, sie haben sich bewährt, wir haben ein Arbeitsrecht. Es ist sehr strikt und regelt die Ruhezeiten. Und das SECO ist kein Wald- und Wiesenverein. Gemäss seinen seriösen Studien entstehen viele Teilzeitjobs, insbesondere auch für Studierende und Wiedereinsteigende, also auch für Fachkräfte. Herzlichen Dank für Ihr Ja.

Ratspräsident Benno Scherrer: Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

Abstimmung

Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 94/2021 stimmen 95 Ratsmitglieder. Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

Ratspräsident Benno Scherrer: Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.